



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

11.5239.02

WSU/P115239
Basel, 26. Oktober 2011

Regierungsratsbeschluss
vom 25. Oktober 2011

Interpellation Nr. 65, Sebastian Frehner betreffend Baugesuch Asylwohnheim Felix Platter-Spital

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom Mittwoch, 19. Oktober 2011)

„Die Basler Sozialhilfe plant ein Asylwohnheim im Annexbau des Felix Platter-Spitals (ehemaliges Schwesternhaus) und sieht einen Einzug der Asylanten noch in diesem Herbst vor.

Für die Umnutzung und die diversen Installationsarbeiten ist jedoch bis zum heutigen Tag noch kein Baugesuch im Kantonsblatt publiziert worden. Wie Mitglieder des Anwohnerkomitees gegen das neue Asylwohnheim beim zuständigen Bauinspektorat Basel-Stadt in Erfahrung gebracht haben, ist jedoch für eine solche Umnutzung ein Baugesuch zwingend notwendig.

Der Interpellant bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wurde bis zum heutigen Datum bereits ein Baugesuch eingereicht?
2. Falls ja, weshalb wurde dieses noch nicht publiziert? Falls nein, wann wird das Baugesuch eingereicht?
3. Falls dies nicht der Fall ist: Auf welches Datum hin ist die Publikation im Kantonsblatt vorgesehen?
4. Haben bereits Umbauarbeiten im Annex-Bau begonnen, obwohl noch keine rechtsgültige Baubewilligung vorliegt?

Sebastian Frehner“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Der Entscheid über das notwendige Baugesuch wurde an einer Sitzung vom 5. September 2011 gefällt. An dieser Sitzung wurde das Hochbauamt mit dem Einreichen des Baugesuchs beauftragt. Anschliessend gab es inhaltliche Abklärungen über den Umfang der Arbeiten und den genauen Nutzungszweck. Nach der Klärung wurde das Baugesuch am 21. September 2011 eingereicht. Die Veröffentlichung erfolgte am 28. September 2011.
2. Die Publikation fand am 28. September 2011 statt.
3. Siehe Antwort 2.
4. Die baulichen Massnahmen werden erst dann in Angriff genommen, wenn eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin